

Ent-Legitimierung, Marktautoritarismus und globalisierte Vergleichsordnungen

Beiträge der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus

Wolfgang Menz

Beitrag zum Plenum 3 »Arbeit zwischen Neoliberalismus und Autoritarismus«

Der Aufstieg des Rechtspopulismus hat die Diskussion um die politischen Orientierungen jener Gruppe entfacht, die gewöhnlich zu den klassischen Untersuchungsobjekten der Arbeits- und Industriesoziologie gezählt wird: Erwerbstätige in den mittleren Altersklassen und insbesondere (männliche) Arbeiter sind in den Verdacht geraten, besonders für rechtspopulistische Orientierungen anfällig zu sein. Erstaunlicherweise hat sich die Arbeitssoziologie an der Debatte um Rechtspopulismus mit wenigen Ausnahmen (zu nennen wären etwa Klaus Dörre, Dieter Sauer und Jörg Flecker) kaum beteiligt, und dies, obwohl es in den letzten Jahren zu einer Revitalisierung der „Bewusstseinsforschung“ gekommen ist, die sich gerade mit dem Zusammenhang von Arbeitserfahrungen und politischen Ansprüchen auseinandersetzt.

Ich möchte daher der Frage nachgehen, was aktuelle Studien aus der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung – genauer: Studien, an denen ich selbst mitgewirkt haben – zur Erklärung von rechtspopulistischen Orientierungen von Beschäftigten beitragen können.¹ In diesen Studien stand Rechtspopulismus empirisch nicht im Zentrum. Die geläufigen sozialwissenschaftlichen Rechtspopulismus-Erklärungen machen aber (neben eine Vielfalt anderer Faktoren) solche Erfahrungen von Beschäftigten verantwortlich, zu denen die Arbeitssoziologie durchaus wichtige Befunde vorzuweisen hat. Ich möchte meine eigenen Überlegungen deshalb in Form eines Dialogs mit oder auch einer Kritik an den geläufigen Erklärungshypothesen formulieren.

¹ Die Studien umfassen: „Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit“ (ISF/SOFI, HBS-Förderung), 207 Beschäftigteninterviews, 19 Gruppendiskussionen (mit 113 Beschäftigten) = 320 befragte Beschäftigte aus einem breitem Spektrum von Dienstleistungs- und Produktionsbranchen, Kratzer et al. (2015), Menz und Nies (2018), Menz und Nies (2016); „Krisenerfahrungen und Politik“ (ISF/WISSENTtransfer, RLS-Förderung): 10 Gruppendiskussionen mit 58 Beschäftigten und 12 Einzelinterviews, Metall/Auto/Textil, Pflege/Erziehung = 70 Beschäftigte, Detje et al. (2013), Menz et al. (2013b); „Krise ohne Konflikt?“ (ISF/WISSENTtransfer, RLS-Förderung): 20 Einzelinterviews 5 Gruppendiskussionen mit 32 Beschäftigten, Schwerpunkt Metall/Auto/Textil = 52 Beschäftigte, Detje et al. (2011a, 2011b) sowie verschiedene Studien von ISF/Uni Hamburg unter anderem zu Leistung/Belastungen, Work-Life-Balance und ständiger Erreichbarkeit (Förderung: BMBF, BMAS).

Dass ich dabei die Wir-Form verwende, liegt daran, dass die zugrundeliegenden empirischen Arbeiten natürlich Gemeinschaftswerke sind; die Thesen zu Rechtspopulismus, die ich vorstellen möchte, sind gemeinsam mit Sarah Nies vom ISF München erarbeitet (Menz, Nies 2019b, 2019a).

I.

Die These der „*Repräsentationslücke*“ – am prominentesten von Eribon vertreten, aber auch in der deutschen Diskussion verbreitet – rekurriert auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und staatlicher Politik. Jene würde aus Alternativlosigkeit, in den viel zitierten Worten Eribons gar „als eine Art politische Notwehr“ (Eribon 2016, S.124), rechtspopulistische Parteien wählen, nachdem die linken Parteien sich dem neoliberalen Um- und Abbau arbeitnehmerorientierter Arbeits- und Sozialpolitik verschrieben hätten.

In unseren empirischen Befunden finden wir tatsächlich eine solche arbeitspolitische Heimatlosigkeit, im Gefolge der Agenda-2010-Politik der rotgrünen Bundesregierung, allerdings nur bei einer spezifischen und stark schrumpfenden Gruppe, nämlich bei älteren männlichen, vormals sozialdemokratisch orientierten Industriearbeitern. Für die meisten anderen Befragten ist etwas anderes charakteristisch, das uns typisch zu sein scheint für das gegenwärtige Verhältnis von ‚Arbeit‘ und ‚Politik‘: Sie erwarten kaum noch, dass staatliche Politik wirksamen Einfluss auf die real erfahrbaren Bedingungen von Arbeit nehmen kann. Vorstellungen oder normative Erwartungen an eine politische Steuerungsfähigkeit von Ökonomie und Arbeit sind stark zurückgenommen.

Wir sind damit nicht mit einer klassischen politischen *Legitimationskrise* konfrontiert – dies würde bedeuten, dass Legitimitätsansprüche „von unten“ in Konflikt mit der politischen Handlungspraxis der Herrschenden geraten. Vielmehr erodieren ganz offensichtlich die Ansprüche selbst: Bestimmte normative Erwartungen werden gar nicht mehr formuliert, weil ihr Einlösen illusorisch erscheint (siehe Abbildung 1). Wir haben es damit nicht mit einer *De-*, sondern mit einer *Ent-Legitimierung der (Arbeits-)Politik* zu tun (Menz et al. 2013a; Menz 2017b). Der Nexus „Arbeit“ und „Politik“ ist zerbrochen.

<i>Legitimität</i>	Korrespondenz von Anspruch und Erfahrung
<i>Legitimationskrise (De-Legitimation)</i>	Entkopplung von Anspruch und Erfahrung
<i>Ent-Legitimation</i>	Rücknahme von Ansprüchen

Abbildung 1: Legitimation/De-Legitimation/Ent-Legitimation

Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse erscheinen als Produkt eines ökonomischen Determinationsverhältnisses, das sich politischen Eingriffen (und erst recht möglichem Protest der Beschäftigten) weitgehend entzieht. Eine solche Verobjektivierung des Ökonomischen ist insbesondere prägend für das konkrete Arbeitserleben in der täglichen Praxis. Problematische Arbeitserfahrungen – etwa Überlastungen und Überforderungen – werden nicht als Folge von Interessenkonflikten oder manageriellen Handlungsstrategien wahrgenommen, sondern als Ergebnis von nicht beeinflussbaren Marktzwängen (Menz, Nies 2015, 2016).

Dieser Objektivitätsüberhang im Arbeitsalltag wird auf politischer Ebene durch Legitimationsmuster verstärkt, die sich – besonders im Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik – beständig Argumente der Unausweichlichkeit mobilisieren. Im starken Kontrast dazu steht das Framing der Flüchtlingspolitik als Feld von *Entscheidungen* (selbst Kanzlerin Merkel spricht hier von bewusster Entscheidung). Während wirtschafts- und sozialpolitisches Handeln als Ausdruck einer alternativlosen Anpassung an objektive Gegebenheiten thematisiert (oder besser gesagt: *de*-thematisiert) wird, erscheint die Grenzpolitik als letztes Residuum politischer Aktionsfähigkeit. Vor dem Hintergrund der erlebten Ohnmacht im ökonomischen, sozialen und arbeitspolitischen Feld (Menz et al. 2013b; Sauer et al. 2018) verschieben sich so die Erwartungen an Handlungsmächtigkeit auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Hier wird imaginär ausagiert, was im Feld der Arbeit zunehmend unmöglich erscheint, als Versuch, Handlungsmacht wiederherzustellen, wo sie ansonsten fehlt.

II.

Dem Konzept des „*marktförmigen Extremismus*“ von Hövermann und Groß nach führt die „verallgemeinerte neoliberale Norm der Selbstoptimierung“² zu Prozessen der Selbstdisziplinierung und zugleich zur Ausgrenzung und Abwertung derjenigen, die den selbst auferlegten Optimierungsnormen nicht zu genügen scheinen (ähnlich gelagert scheint mir auch Dörres „konformistischer Rechtspopulismus“ zu sein³). Auch das Theorem des „*sekundären Autoritarismus*“ von Oliver Decker verbindet Subjekt- und Objekt- bzw. Täter- und Opferstatus (und eine solche konzeptionelle Verknüpfung erscheint mir für die Analyse rechtspopulistischer Orientierungen wichtig) miteinander. Anders als der klassische Autoritarismus funktioniert er nicht über die identifikatorische Unterwerfung unter Vater- oder Führerfiguren, sondern über die „Identifikation mit der Größe und Stärke der Wirtschaft und der Gewalt des Marktes“ (Decker 2015, S.30). Die Beschäftigten fürchten und identifizierten sich mit dem Aggressor ‚Markt‘, was ihre – objektiv nötige – Unterwerfung unter diesen zugleich psychologisch erleichtert.

Auch hier sind unsere empirischen Befunde wiederum anschlussfähig. Zuweilen scheint in einigen unserer Interviews durchaus ein gewisser Stolz auf die ökonomische Potenz Deutschlands, den Titel des Exportweltmeisters oder einfach auch nur auf die wirtschaftliche Stärke des eigenen Arbeitgebers auf. Deutlicher tritt allerdings die andere Seite hervor: die distanzlose Internalisierung systemischer Mechanismen und die angstgetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes:

„Alle Unternehmen, alle Firmen, egal ob Pharma, Bank, Autohaus, wurscht, alle leiden an dem gleichen Syndrom. Und zwar Untergang. Alle haben Angst vor dem Abgang, vor der Klospülung. (...) Wir haben wirklich Angst runtergespült zu werden. Und zwar mit den anderen, die da unten schon schwimmen und echt gar nicht mehr rauskommen, [lacht] verstehen Sie mich? Darum geht es. Und es muss Ihnen klar sein, auch Ihre Firma, egal, Verein, Stiftung, egal was es ist, kann nur dann überleben, wenn Sie eben unterwegs sind und die anderen auch. Stellen Sie sich mal vor, Sie bringen es nicht mehr, die Kollegin auch nicht und die anderen würden auch alle nur noch Halligalli machen, dann gibt es auch das nicht mehr. Dann gibt es das Institut nicht mehr, ist das weg, futsch – tut uns leid!“ (LP2, FD_B04, Kundenberaterin).

² Hövermann und Groß (2016), S.177, vgl. Groß und Hövermann (2018).

³ Dörre (2007), S.31f.; Dörre (2016), S.263f.

Wir haben es mit einem „*halbierten Marktautoritarismus*“ zu tun, wie wir es nennen würden: Der Aggressor Markt vermag nur wenig „Prothesen-Sicherheit“ (Fromm et al. 2005, S.124) zu spenden; die weitgehende Unterwerfung unter seine Macht dagegen ist omnipräsent.

III.

Am populärsten in der Soziologie sind Erklärungen von rechtspopulistischen Orientierungen aus dem Kontext von *Prekarisierungs- und Abstiegsprozessen*:⁴ Die „objektivistische Variante“ dieser These steht allerdings vor dem Problem, dass sich ein klarer Zusammenhang zwischen materieller Deprivation und rechtspopulistischen Einstellungen bzw. Wahlverhalten statistisch nicht belegen lässt. Fast alle quantitativen Studien machen deutlich, dass diejenigen Gruppen, die am stärksten unter der Verschärfung der gesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen leiden – die untersten Einkommensklassen, Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen, Arbeitnehmer*innen ohne Berufsausbildung –, keineswegs stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt zu Rechtspopulismus neigen.⁵

Eine Sonderauswertung der Leipziger-Mitte-Studie zur sozialen Lage kommt zum Ergebnis, dass es einfache Arbeiter*innen und Facharbeiter*innen sowie einfache Angestellte sind, die häufiger rechts-extreme Orientierungen formulieren. Dabei umfassen diese Gruppen sowohl sehr niedrige, mittlere als auch höhere Einkommensklassen (Stark et al. 2017). Es scheint also eher der Berufsstatus (und damit verbunden womöglich auch Erfahrungen in der Arbeit) als die materielle Situation relevant zu sein (am Rande: gerade das ist natürlich für die „Zuständigkeit“ der Arbeitssoziologie interessant).

Eine andere Spielart der „objektiven“ AbstiegsThese formuliert Cornelia Koppetsch (2017): Es seien – im Begriff von Elias und Scotson (2016) – gerade die „Etablierten“, die im Verhältnis zu aufsteigenden Außenseitergruppen unter Druck geraten und ihre Position durch Ausgrenzung und Abwehr zu verteidigen suchen, nicht die Abgehängten, die zu rechtspopulistischen und flüchtlingsfeindlichen Positionen neigen.

Mangels statistischer Bestätigung wird die AbstiegsThese mittlerweile häufiger in einer „*subjektiven Variante*“ formuliert: Nicht objektiv messbarer Statusverlust, sondern empfundene *Abstiegsängste* erklären zum Beispiel Präferenzen für die AfD (Hilmer et al. 2017). Relevant scheinen also *spezifische Verarbeitungsformen von Erfahrungen in Arbeit und Gesellschaft zu sein*, nicht allein die objektive Stellung (oder deren Veränderung) in der Sozialstruktur. Wie sehen unsere Befunde dazu aus?

a) Zunächst einmal: Die These einer allgemeinen Abstiegtendenz trifft unter unseren Befragten – quer durch alle Qualifikationsstufen und Einkommensklassen – auf eine hohe Zustimmung. Die soziale Ungleichheit wachse, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse nähmen zu, die Leistungsanforderungen stiegen, während Löhne und Gehälter stagnierten oder sanken, so die weitgehend geteilte Wahrnehmung. Aber: Die Arbeitnehmer*innen fühlen *sich selbst* weniger stark von den negativen Entwicklungen tangiert als ihre soziale Umgebung. *Die Beschäftigten leben im allgemeinen Bewusstsein einer Abstiegs-gesellschaft, aber die Mehrheit sieht sich persönlich davon kaum betroffen*. Die gesellschaftliche und ökonomische Situation insgesamt verschlechtere sich, während der eigene Status eher stabil bleibe oder sich im Vergleich weniger stark senke. Ein Statement, auf das wir immer wieder in unseren Interviews treffen, lautet: „Uns geht es ja noch gut“.

⁴ Nachtwey (2015, 2016), Butterwegge (2018).

⁵ Lengfeld (2017), Hilmer et al. (2017), Brenke und Kritikós (2017), Schröder (2018).

Im Übrigen ist das ein Befund, den in ähnlicher Form andere qualitative Studien zu normativen Ansprüchen von Arbeitnehmer*innen ebenfalls beschreiben, zum Beispiel die von Dubet oder von Hürtgen und Voswinkel. Auch die These „Guter Betrieb – schlechte Gesellschaft“ von Dörre und Kolleg*innen weist auf eine charakteristische Dualisierung der Wahrnehmung hin (wenn auch in anderer Weise als in unseren Fällen, darauf komme ich zurück).⁶

Ursache dieser Dualisierung ist, was man als die gleichzeitige „Absenkung“ und „Globalisierung von Vergleichsordnungen“ bezeichnen kann. Die Beschäftigten bewerten ihre eigene Situation anhand von Vergleichen in zeitlicher, räumlicher oder sozialer Dimension. Vormalig fernere Vergleichsgruppen rücken dabei in letzter Zeit immer mehr an die Arbeitnehmer*innen heran: Leiharbeiter*innen sind eng in die Wertschöpfungskette eingebunden, nicht selten kooperiert man mit ihnen direkt am Arbeitsplatz; im Gefolge der Wirtschaftskrise fällt der Blick auf die südeuropäischen Schuldnerstaaten; die reale oder mediale Anwesenheit von Geflüchteten macht deutlich, dass die eigene materielle Situation im globalen Vergleich relativ gut ist.

b) Zu dieser „Erosion sozialer Vergleichsniveaus“ kommt ein zweiter wichtiger Befund aus unseren Studien hinzu: Das (Selbst-)Vertrauen, von dem allgemeinen sozialen und ökonomischen Abstieg nicht wesentlich betroffen zu sein, beruht vor allem auf dem Glauben an die eigene Leistungsfähigkeit. Die relative Sicherheit, in der sich die Mehrzahl der Arbeitnehmer*innen weiterhin wähnt, speist sich nicht aus den Segnungen des Sozialstaats und häufig auch nicht aus dem Vertrauen in den „guten Betrieb“ (dieser Teil der Dörre-These gilt unseren Befunden nach nur für Beschäftigte in stabilen Großunternehmen). Vielmehr ist es der Glaube an die eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten, an die eigene Anpassungsfähigkeit, bisweilen auch an die eigene Genügsamkeit, die Sicherheit spendet.

„Also ich für mich sehe es, muss ich ehrlich sagen, nicht mehr so negativ. (...) Meine Eigentumswohnung ist so gut wie bezahlt. (...) Ich habe schon in meinem Leben Krisen gehabt, wo ich dann plötzlich ganz andere Tätigkeiten gemacht habe, weil Gefahr im Verzug war. Und nach der Scheidung war ein Berg voller Schulden, dann habe ich mal kurz Anlage gefahren, 12-Stunden-Schicht, und habe nebenbei noch in einer Schreinerei Innenausbau gemacht. Und habe noch nebenbei Totengräber gemacht. ... Solange ich gesund bin, zwei gesunde Hände habe, kann man sich auf vieles einstellen“ (Metallarbeiter/Gruppendiskussion, KQ 2, GD_04).

Das „Solange“ im Zitat deutet zugleich schon an, dass das Sicherheitsversprechens der eigenen Leistungsfähigkeit äußerst fragil ist. Eine solche Fragilität ist für viele Arbeitnehmer*innen charakteristisch, wie gerade unsere Studien zur Leistungs- und Belastungssituation zeigen. Immer mehr Beschäftigte sehen sich beständig steigenden Leistungsanforderungen ausgesetzt und entwickeln angesichts der Selbstbeschleunigung von Zielspiralen Gefühle eines „permanenten Ungenügens“ (Dunkel et al. 2010; Menz und Nies 2015).

„Man hat es jeden Tag, man hat es jede Woche, man hat es jeden Monat oder jedes Jahr. Wenn man die Ziele erreicht, dann ist das heute gut und morgen ist ein neuer Tag und es ist schon wieder alles vergessen. Und es ist so, Sie können schaffen oder erreichen, so viel wie Sie wollen, mittlerweile hat jeder von uns das Gefühl, es ist nie genug. Das, was Sie heute erreicht haben und was als Messlatte gesetzt worden ist,

⁶ Dubet (2008); Hürtgen und Voswinkel (2014); Dörre et al. (2011).

wenn das geschafft wird, dann wird einfach noch eine Schippe draufgepackt“ (Angestellter Finanzdienstleistungen, LP2, FD_B03).

„Sie haben ein Hochwasser erlebt, und das Wasser geht langsam zurück, und Sie sehen, da ist der ganze Schmodder. Und Sie räumen den Schmodder weg. Und dann gucken Sie in den Wetterbericht und wissen, da kommt schon wieder eine Hochwasserflut. Dann wissen Sie ganz genau, Sie fangen wieder mit dem Blödsinn an. Und irgendwie kommt kein Sommer und das Wetter wird ruhiger“ (Mitarbeiter IT-Unternehmen, MA1).

Näher besehen sind diese Befürchtungen im Übrigen nicht unbedingt Abstiegsängste. Es geht überwiegend nicht unmittelbar um soziale Statusverluste, also um Angst davor, innerhalb der Sozialstruktur abzusinken, sondern zunächst einmal um Überforderung und Überlastung (ob diese sich dann in Abstiegen niederschlagen oder ob alternative Sicherheitsnetze bestehen, ist für diese Ängste erst einmal zweitrangig).

Ein weiterer wichtiger Punkt kommt hinzu: ‚Leistung‘ ist nicht nur – zunehmend brüchiger – Sicherheitsanker angesichts wachsender äußerer Unwägbarkeiten; das Leistungsprinzip ist auch stark normativ besetzt. Allen soziologischen Unkenrufen zur Erosion von Leistung als sozialem Deutungsmuster⁷ zum Trotz ist Leistung nach wie vor zentrales Begründungsprinzip für Forderungen und Ansprüche unserer Befragten, für Kritik an Unternehmen und Gesellschaft genauso wie für die Rechtfertigung von sozialen Ungleichheiten. Und immer auch zugleich Anspruch an sich selbst. Die verbreitete Einschätzung der Arbeitnehmer*innen, sich durch Anpassung und Leistungsverausgabung den eigenen Arbeits- und Lebensstandard ‚verdient‘ zu haben, macht die enorme *Persistenz des Leistungsprinzips als Legitimationsweise* deutlich (Kratzer et al. 2015; Menz 2017a).

Allerdings geraten die Arbeitnehmer*innen – und das ist zentral für unsere These zum Rechtspopulismus – durch die beiden genannten Entwicklungen in ein bewusstseinsinternes Dilemma: Mit der erlebten „Abstiegsgesellschaft *um uns herum*“, mit dem Sinken der Vergleichshorizonte, mit der globalen Wirtschaftskrise und mit der zunehmenden Präsenz von Geflüchteten wird ganz und gar offensichtlich, dass die meritokratische Annahme, man hätte sich seine eigene Position primär durch eigene Anstrengungen erarbeitet, unhaltbar wird (und vermutlich auch schon immer war). Der Versuch, die eigene Position im globalen sozialen Ungleichheitsgefüge von Arbeit durch die eigene Leistung zu rechtfertigen, muss scheitern, sofern nicht auf massive Ausblendungen und Abwertungen rekurriert wird. Die Deutungsmuster für solche Ausblendungen und Abwertungen stellen rechtspopulistische Ideologien bereit.

Hinzu kommt: Wenn Leistung die eigene Position nicht begründet, dann kann die eigene Leistungsfähigkeit auch nicht vor Unsicherheit und Abstieg schützen. Damit erodiert die Grundlage des eigenen Sicherheitsresiduums. Kurz: Die Figur der „Geflüchteten“ stellt die Legitimität der eigenen sozialen Position in Frage und zugleich die Basis des (ohnehin schon fragilen) eigenen Sicherheitsempfindens. Deshalb reagieren Rechtspopulist*innen aggressiv auf jene. Sie begegnen der drohenden Einsicht in die doppelte Brüchigkeit des Leistungsprinzips, die sich mehr und mehr ins eigene Bewusstsein einschleichen möchte, mit der Aggression gegenüber denjenigen, die ihnen das Leugnen eben dieser Brüchigkeit so schwer macht: Geflüchteten, aber auch sozial Schwächeren. Das Offensichtlichwerden ungerechtfertigter Ungleichheit erschüttert den Glauben an das Leistungsprinzip und damit auch die eigene Identität als Leistungssubjekt; die Reaktion darauf sind Negativ- und Ausgrenzungskonstruktivi-

⁷ Zum Beispiel bereits Offe (1970). Vgl. Neckel (2008).

onen, die beides zu retten versuchen: Leiharbeiter*innen werden aus der Solidargemeinschaft herausdefiniert, geflüchteten Menschen die Schuld an ihrer Lage selbst zugeschrieben. Nicht zufällig wird dabei immer wieder auf deren vermeintlich fehlenden Leistungswillen verwiesen – eine Konstruktion, die die Gültigkeit des Leistungsprinzips verzweifelt wiederherzustellen bemüht ist. In den Worten von Ute Osterkamp: „Weil ich es mit dem Bild von mir nicht vereinen kann, dass ich anderen zur Absicherung meiner Privilegien Unrecht tue, muss ich das ihnen von mir Angetane oder Geduldete durch ihre ‚Eigenschaften‘ rechtfertigen“ (Osterkamp 2017, S.287). Dieser Mechanismus verschärft sich in einer Epoche, in der die Arbeitnehmer*innen betriebliche und sozialstaatliche Absicherungen tendenziell verlieren und zugleich selbst unter verstärkten Leistungsdruck geraten und die (Prothesen-)Sicherheit des eigenen Leistungsvermögens ganz besonders nötig hätten. Wer sich die „doppelte Illusion des Leistungsprinzips“ nicht einzugestehen vermag, flüchtet in rechtspopulistische Orientierungen.

Literatur

- Brenke, Karl, und Alexander S. Kritikos. 2017. Wählerstruktur im Wandel. *DIW Wochenbericht* Nr. 29. Berlin: DIW.
- Butterwegge, Christoph. 2018. Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus. In *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, 1. Auflage, Hrsg. Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Bettina Lösch, 40–62. Weinheim: Beltz Juventa.
- Decker, Oliver. 2015. Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*. Forschung psychosozial, Hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, 21–33. Gießen, Lahn: Psychosozial-Verlag.
- Detje, Richard, Wolfgang Menz, Sarah Nies und Dieter Sauer. 2011a. *Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb - die Sicht von Betroffenen*. Hamburg: VSA.
- Detje, Richard, Wolfgang Menz, Sarah Nies und Dieter Sauer. 2011b. Krise ohne Konflikt? Zur Wahrnehmung der Wirtschaftskrise aus Sicht von Betroffenen. *WSI-Mitteilungen* 64:503–510.
- Detje, Richard, Wolfgang Menz, Sarah Nies, Dieter Sauer und Joachim Bischoff. 2013. *Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat*. Hamburg: VSA.
- Dörre, Klaus. 2007. Prekarisierung und Rechtspopulismus. Gibt es einen Zusammenhang? In *Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern*. WISO-Diskurs, Hrsg. FES, 24–34. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dörre, Klaus. 2016. Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, Neue Recht und Verteilungskonflikt - sechs Thesen. In *Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und "Wende" Enttäuschung? Analysen im Überblick*. Xtexte, Hrsg. Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz und Tino Schlinzig, 259–274. Bielefeld: transkript.
- Dörre, Klaus, Anja Hänel, Hajo Holst und Ingo Matuschek. 2011. Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme. In *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation moderner Subjektivität*, Hrsg. Cornelia Koppetsch, 21–49. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Dubet, François. 2008. *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Dunkel, Wolfgang, Nick Kratzer und Wolfgang Menz. 2010. "Permanentes Ungenügen" und "Veränderung in Permanenz" - Belastungen durch neue Steuerungsformen. *WSI-Mitteilungen* 63:357–364.
- Elias, Norbert und John L. Scotson. 2016. *Etablierte und Außenseiter*. 8. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eribon, Didier. 2016. *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.

- Fromm, Erich, Max Horkheimer und Herbert Marcuse. 2005. *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Bd. 5. Reprint der Ausg. Paris, 1936. Springe: zu Klampen.
- Groß, Eva und Andreas Hövermann. 2018. Marktförmiger Extremismus. Abwertung, Ausgrenzung und Rassismus vor dem Hintergrund einer Ökonomisierung der Gesellschaft. In *Rassismus und Rechts extremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*, 1. Auflage, Hrsg. Mechtild Gomolla, Marlene Menk und Ellen Kollender, 110–126. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hilmer, Richard, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné. 2017. *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nummer 044.
- Hövermann, Andreas und Eva Groß. 2016. Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016. In *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Hrsg. Andreas Zick, Beate Küpper und Daniela Krause, 167–183. Bonn: Dietz.
- Hürtgen, Stefanie und Stephan Voswinkel. 2014. *Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte*. Berlin: Edition Sigma.
- Koppetsch, Cornelia. 2017. Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. Sonderband der Zeitschrift *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften* 199–222.
- Kratzer, Nick, Wolfgang Menz, Knut Tullius und Harald Wolf. 2015. *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. Baden-Baden: edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft.
- Lengfeld, Holger. 2017. Die "Alternative für Deutschland": eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfSS* 69:209–232.
- Menz, Wolfgang. 2017a. Das befremdliche Überleben der Leistungsgerechtigkeit. Zur Beharrlichkeit eines vielfach totgesagten normativen Prinzips. In *Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Arbeitsgesellschaft im Wandel*, 1. Auflage, Hrsg. Brigitte Aulenbacher, Maria Dammayr, Klaus Dörre, Wolfgang Menz, Birgit Riegraf und Harald Wolf, 191–209. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Menz, Wolfgang. 2017b. Gerechtigkeit, Rationalität und interessenpolitische Mobilisierung. Die Perspektive einer Soziologie der Legitimation. In *Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*, Hrsg. Ingrid Artus, Peter Birke, Stefan Kerber-Clasen und Wolfgang Menz, 278–305. Hamburg: VSA.
- Menz, Wolfgang, Richard Detje, Sarah Nies und Dieter Sauer. 2013a. Die Ent-Legitimierung der Politik. *Luxemburg* 20–27.
- Menz, Wolfgang, Richard Detje, Sarah Nies und Dieter Sauer. 2013b. Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenpolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen. In *Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis*, Hrsg. Lucie Billmann und Josef Held, 31–52. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Menz, Wolfgang und Sarah Nies. 2015. Wenn allein der Erfolg zählt. Belastungen und Work-Life-Balance in den Finanzdienstleistungen. In *Work-Life-Balance – Eine Frage der Leistungs politik. Analysen und Gestaltungsansätze.*, Hrsg. Nick Kratzer, Wolfgang Menz und Barbara Pangert, 233–274. Wiesbaden: Springer VS.
- Menz, Wolfgang und Sarah Nies. 2016. Gerechtigkeit und Rationalität. Motive interessenpolitischer Aktivierung. *WSI-Mitteilungen* 68:530–539.
- Menz, Wolfgang, und Sarah Nies. 2018. Doing Inequality at Work. Zur Herstellung und Bewertung von Ungleichheiten in Arbeit und Betrieb. In *'Doing Inequality' – Prozesse sozialer Ungleichheit im Blick qualitativer Sozialforschung*, Hrsg. Laura Behrmann, Falk Eckert, Andreas Gefken und Peter A. Berger, 123–147. Wiesbaden: Springer VS.

- Menz, Wolfgang, und Sarah Nies. 2019a. Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme. Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive. *WSI-Mitteilungen* 72(3):177–184.
- Menz, Wolfgang, und Sarah Nies. 2019b. Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der imperialen Lebensweise, Externalisierung und exklusive Solidarität*, Hrsg. Carina Book, Nikolai Huke, Sebastian Klauke und Olaf Tietje, 207–227. Münster: Westf. Dampfboot.
- Nachtwey, Oliver. 2015. Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 81–89.
- Nachtwey, Oliver. 2016. *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Neckel, Sighard. 2008. *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Offe, Claus. 1970. *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen "Leistungsgesellschaft"*. Frankfurt am Main: EVA.
- Osterkamp, Ute. 2017. Institutioneller Rassismus: Problematik und Perspektiven. In *Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*. Texte kritische Psychologie, Bd. 7, Dritte Auflage 2018, Hrsg. Annita Kalpaka, Nora Rähzel und Klaus Weber, 281–302. Hamburg: Argument Verlag.
- Sauer, Dieter, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller. 2018. *Rechtspopulismus und Gewerkschaften: Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Schröder, Martin. 2018. *AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich*. SOEPpapers 975. Berlin: DIW.
- Stark, Toralf, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler und Oliver Decker. 2017. *Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt? Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus*. Papers der RLS, 2/2017. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.